



# Argumente 02/04

Wirtschafts- und  
Finanzpolitik

**„Lohnnebenkosten“  
senken? –  
Kaufkraft stärken!**

Wirtschaftspolitik ver.di



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

# „Lohnnebenkosten“ senken? – Kaufkraft stärken!

Es herrscht politische Verwirrung in unserem Land.

„Die ‚Lohnnebenkosten‘ müssen sinken“, so lautet die selbstgefällige Gewissheit der großen Koalition von CDU/CSU/FDP über die SPD bis zu den Bündnisgrünen. Das soll angeblich ein entscheidender Punkt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sein. Dies ist auch der zentrale Kern der sogenannten „Reformen“ in der „Agenda 2010“.

## Mangelnde Nachfrage – die Achillesferse der Konjunktur

Die „Lohnnebenkosten“ – hauptsächlich die Sozialbeiträge – sind ein Teil der Lohnkosten insgesamt. Die Vorstellung, dass die „Lohnnebenkosten“ schuld an der Arbeitslosigkeit sind, ist genauso falsch wie die Behauptung, dass hierfür zu hohe Lohnkosten verantwortlich sind.

In den letzten Jahren sind die Lohnkosten in Deutschland erheblich weniger gestiegen als in den anderen europäischen Ländern. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist überragend. Deutschland ist Exportweltmeister und erzielt hohe Überschüsse.

Gleichwohl hat dies und die entsprechende Stärkung der Gewinne keinen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit geleistet – im Gegenteil!

Wer die Sorgen kleiner Handwerker, des Einzelhandels und anderer Unternehmen ernst nimmt, muss sich vor allem um die Stärkung der Nachfrage kümmern. Hier liegt die Achillesferse der deutschen Wirtschaft.

## „Lohnnebenkosten“ – Gefahr für die Arbeitsplätze?

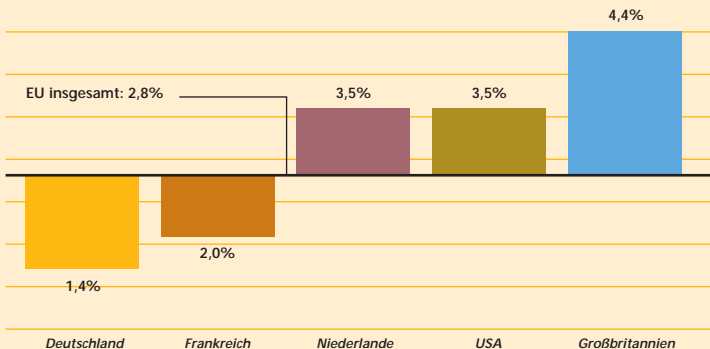
Aus Sicht der Unternehmer hat es durchaus seine Logik, Lohnsenkungen zu fordern. Die Konkurrenz treibt sie dazu, ihre Kosten soweit wie möglich zu senken. Diese Kosten können die einzelnen Unternehmer unmittelbar beeinflussen, nicht aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Aber was aus betriebswirtschaftlicher Sicht

Sinn macht, ist gesamtwirtschaftlich schädlich. Wenn alle die Löhne drücken, verbessern sie ihre Konkurrenzposition nicht, aber schwächen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch weiter.

Denn Löhne sind eben nicht nur Kosten, sondern bilden zugleich den größten Block der Kaufkraft.

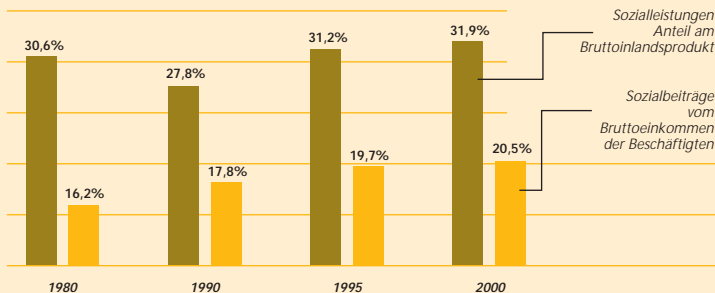
Wenn Unternehmer, der Einzelhändler oder der Mittelständler über zu hohe Lohnkosten klagen,

## Lohnkostensteigerungen in Deutschland am geringsten



1996 bis 2003 stiegen die Lohnkosten je Beschäftigtem in der Privatwirtschaft in Deutschland nur um 1,4 Prozent im Jahr und damit viel weniger als in den anderen Industrieländern. Mehr Beschäftigung gebracht hat das nicht – im Gegenteil.

## Sozialleistungen stabil, Sozialbeiträge gestiegen



*Für den Anstieg der Sozialbeiträge ist kein übermäßiger Anstieg der Sozialleistungen verantwortlich, sondern dass die Beschäftigten einen immer größeren Anteil der Kosten tragen müssen.*

stellt sich die Frage: Sind die Kosten zu hoch oder gibt es einfach zu wenige Aufträge? Denn eins ist klar: Wer genug Aufträge hat, kann auch gute Löhne und Gehälter zahlen und verdient immer noch genug.

Vor ein paar Jahren lief die Konjunktur noch wesentlich besser, obwohl die „Lohnnebenkosten“ nicht niedriger waren. Auch heute gibt es in der Bundesrepublik trotz gleicher „Lohnnebenkosten“ – und gleichem Kündigungsschutz – Regionen mit höherer und Regionen mit geringerer Arbeitslosigkeit.

### **Versagen der Politik**

Politisches Versagen ist es, wenn sich die Politik die rein betriebswirtschaftliche Sicht der Unternehmer zu eigen macht. Dies hat in den letzten Jahren immer mehr um sich gegriffen. Heute gilt als „Modernisierer“, wer angeblich zu hohe Löhne und zu viel Sozialstaat zur Ursache aller Probleme erklärt. Die Wirtschaftslobbyisten unterstützen diese Sichtweise mit allen Mitteln, und die meisten Politiker und Journalisten plappern es nach. Stattdessen muss die

Politik die Gesamtwirtschaft im Auge haben.

Dabei ist klar: Die Senkung der „Lohnnebenkosten“ – also der Sozialbeiträge – ist wünschenswert. Aber nicht weil die Kosten der Unternehmer verringert werden müssen, sondern um mehr Gerechtigkeit durchzusetzen. Über die Sozialversicherungen wurden und werden gesellschaftliche Kosten der Deutschen Einheit den Beitragszahlern aufgebürdet, die

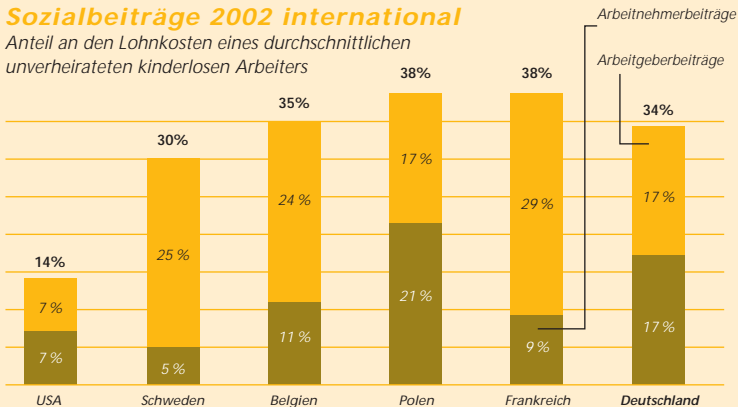
durch Steuern von allen finanziert werden müssen.

## Zukunftsinvestitionen statt Sozialabbau!

Die Senkung der „Lohnnebenkosten“ durch Leistungskürzungen ist dagegen purer Sozialabbau. Nur die Arbeitgeber profitieren von der Senkung der Beiträge. Für die Beschäftigten wird es viel teurer als vorher, weil sie sich jetzt ganz auf eigene Kosten ver-

### Sozialbeiträge 2002 international

Anteil an den Lohnkosten eines durchschnittlichen unverheirateten kinderlosen Arbeiters



Mehrere europäische Länder haben ebenso hohe oder höhere Sozialbeiträge als Deutschland. Dabei sind häufig die Arbeitgeberbeiträge erheblich höher als die Arbeitnehmerbeiträge.

sichern oder hohe Zuzahlungen leisten müssen.

**Die Gesundheitsreform zeigt überdeutlich: Es geht nicht um „mehr netto“, sondern um Sozialabbau und Umverteilung zugunsten der Arbeitgeber.**

Viele Bezieher niedriger Einkommen werden sich das nicht leisten können und künftig noch schlechter abgesichert sein. So werden die sozialen Sicherungssysteme nicht zukunftsfähig, sondern ihre Leistungsfähigkeit und das Vertrauen der Versicherten zerstört.

Der entscheidende Hebel für mehr Wachstum und Beschäftigung ist die Stärkung der Inlandsnachfrage. Hierzu müssen die Kaufkraft der privaten Haushalte und die öffentlichen Investitionen nachhaltig erhöht werden.

## **Auch Sozialleistungen sind Kaufkraft**

Immer wieder wird der Anschein erweckt, nur die Nettoeinkommen der Beschäftigten brächten kaufkräftige Nachfrage hervor. Die Sozialbeiträge seien davon nur Abzüge, die Kaufkraft mindern. Aber das stimmt nicht. Auch die Sozialbeiträge sind genauso wie die Nettoeinkommen nicht nur Kosten, sondern auch Nachfrage.

Abgaben verschwinden nicht im ökonomischen Nirvana, sondern fließen unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf zurück. Sozialleistungen sind sogar in höherem Maße nachfragewirksam als Nettoeinkommen, weil davon weniger gespart werden kann.

**Ein grundsätzlicher Kurswechsel der Wirtschaftspolitik ist notwendig. Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt.**

Um die Arbeitslosigkeit endlich wirksam zu bekämpfen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel der Wirtschaftspolitik notwendig. Die Binnennachfrage muss gestärkt werden. Niedrige Löhne und Sozialabbau durch die „Agenda 2010“ sind nicht nur ungerecht, sondern auch schädlich für Wachstum und Beschäftigung.

### ver.di fordert:

- **Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt von 40 Milliarden Euro im Jahr.**
- **Gerechte Steuern. Auch Konzerne, Spitzenverdiener und Reiche müssen wieder einen angemessenen Beitrag leisten; insbesondere durch eine Vermögensteuer.**
- **Kein Sozialabbau und deutliche Lohn- und Gehaltssteigerungen.**

**Mehr Infos: [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)**

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.  
Ressort 2, Wirtschaftspolitik  
Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

Verantwortlich: Margret Mönig-Raane

Bearbeitung: Michael Schlecht (Bereichsleiter),  
Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner,  
Dr. Norbert Reuter, Anita Weber

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: apm AG, Darmstadt

W 2030-22-0204



ver.di

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**



# Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Beitritt online unter [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)  
Fax 0 30/2 63 66 11 31

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,  
Bereich Wirtschaftspolitik, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab:

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst

\_\_\_\_\_

Monat/Jahr

Euro \_\_\_\_\_

## Persönliche Daten:

\_\_\_\_\_

Name

### Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di e.V., den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

monatlich  halbjährlich

vierteljährlich  jährlich

einzuziehen.

\_\_\_\_\_

Vorname/Titel

\_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer

\_\_\_\_\_

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

\_\_\_\_\_

PLZ

Wohnort

\_\_\_\_\_

Bankleitzahl

Kontonummer

\_\_\_\_\_

Telefonnummer

\_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben)

\_\_\_\_\_

Geburtsdatum

\_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

\_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit

\_\_\_\_\_

Monatsbeitrag

Euro \_\_\_\_\_

weiblich  männlich

Arbeiter/in  Angestellte/r

Beamtin/er  Azubi

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich.

### Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

\_\_\_\_\_

Sonstige

Vollzeit  Teilzeit \_\_\_\_\_ Stunden

\_\_\_\_\_

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

\_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift

### Werber/in:

\_\_\_\_\_

Wirtschaftszweig/Branche

\_\_\_\_\_

Name, Vorname